



06.04.2012

## **Superwahljahr mit offenem Ausgang in Korea (Rep.)**

### **Umgang mit großen Konglomeraten im Fokus / Mehr Sozialleistungen zu erwarten / Von Frank Robaschik**

Seoul (gtai) - In Korea (Rep.) ist 2012 ein Superwahljahr mit Parlamentswahlen im April und Präsidentenwahlen im Dezember. Angesichts der erfolgreichen Wirtschaftsentwicklung könnte man erwarten, dass die Regierungspartei ohne Probleme im Amt bestätigt wird. Jedoch kommen die Erfolge der großen exportstarken Konglomerate nicht bei allen Teilen der Bevölkerung spürbar an. Zudem ist die Opposition stärker als vor vier beziehungsweise fünf Jahren. Unabhängig vom Wahlausgang sollen die Sozialleistungen erhöht werden.

Aus Korea (Rep.) kamen in den letzten Jahren fast nur gute Nachrichten zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Selbst im Krisenjahr 2009 verzeichnete das Land noch ein leichtes Wirtschaftswachstum. Für die VR China war Südkorea 2011 das zweitwichtigste Lieferland. Das in Asien insgesamt nach wie vor technologisch führende Japan nimmt den kleinen Nachbarn Südkorea, der beispielsweise bei Displays, Speicherchips und Batterien in puncto Marktanteilen vorbeigezogen ist, zunehmend ernst. Bei den Warenexporten belegte Südkorea 2010 laut der Welthandelsorganisation weltweit Rang sieben.

Im Februar 2012 benannte sich im Vorfeld der Wahlen die Grand National Party in Saenuri ("Neue Welt") um. Die Grand National Party stand hinter dem seit 2008 amtierenden Präsidenten Lee Myung-bak, der nicht wiedergewählt werden kann. Durch die Namensänderung will die Partei zeigen, dass sie eine andere Politik betreiben und in der Wählergunst wieder an Boden gegenüber der Opposition aufholen will.

Es ist nicht klar, ob die Partei die Parlamentswahlen am 11.4.12 und die Präsidentenwahlen am 19.12.12 für sich entscheiden kann. So hilft zwar die billige Landeswährung Won den Exportunternehmen und die Beschäftigung ist gestiegen. Jedoch kommen die Exporterfolge nicht gleichmäßig bei allen Firmen und Bürgern des Landes an.

Zwar sind die Einkommen gestiegen, und die Einkommensverteilung hat sich offiziellen Daten zufolge insgesamt nicht verschlechtert. Dennoch werden - auch durch die lockere Geldpolitik und den billigen Won - vor allem Lebensmittel und Treibstoffe für die Verbraucher deutlich teurer. Dies trifft ärmere Bevölkerungsschichten überdurchschnittlich stark.

Der Arbeitsmarkt bleibt geteilt in regulär Beschäftigte großer Firmen mit gutem Einkommen auf der einen Seite und nicht-regulär Beschäftigten beziehungsweise Mitarbeitern kleiner Firmen auf der anderen Seite. Diese Schere bei Löhnen und Gehältern wird nach Daten des Ministry of Employment and Labor immer größer.

Die offizielle Jugendarbeitslosigkeit ist mit 8,3% im Februar 2012 nach wie vor doppelt so hoch wie die Arbeitslosigkeit insgesamt. Tatsächlich ist die Unterbeschäftigung deutlich höher. Ältere Menschen haben angesichts geringer staatlicher Renten oft nur wenig soziale Absicherung. Hinzu kommt häufig eine finanzielle Lücke bis zum Beginn der staatlichen Rentenzahlungen. Denn oft erfolgt der Eintritt in den Ruhestand noch vor dem Erreichen des Alters von 60 Jahren; dies zeigt auch die jährliche Gehaltsstudie der Deutsch-Koreanischen Industrie- und Handelskammer. Die öffentlichen Ausgaben für die soziale Sicherung sind mit die geringsten unter den OECD-Ländern.

Viele, oft ältere Menschen, die auf dem regulären Arbeitsmarkt keine Anstellung finden können, machen sich traditionell mit kleinen Gaststätten oder Tante-Emma-Läden selbständig oder arbeiten bei Verwandten. Deshalb bedrohen neue Supermärkte die wirtschaftliche Existenz vieler Familien. Dies führt zu Widerstand gegen moderne Einzelhandelsformen, die auch in Südkorea auf dem Vormarsch sind. Dies bekommt unter anderem die Lebensmittelkette Homeplus der britischen Tesco zu spüren.

Die großen exportorientierten Konglomerate wie Samsung, Hyundai Motor, LG oder Lotte haben in den letzten Jahren an Marktmacht gewonnen. So zeigen Daten der Fair Trade Commission einen deutlichen Anstieg der Vermögenswerte der großen Unternehmensgruppen des Landes von 2008 bis 2011.

Diese Firmen stehen einerseits für die Exporterfolge des Landes. Andererseits behindern sie nach Meinung vieler den Wettbewerb im Inland, da sie viele erfolgreiche Geschäftsmodelle kleiner Unternehmen aufgreifen und mit ihrer Finanzkraft und sonstigen Einflussmöglichkeiten diese vom Markt verdrängen. Das Geschäftsgebaren der Konglomerate betrifft auch ausländische Firmen, die auf dem südkoreanischen Markt tätig sind. Viele in Korea (Rep.) tätige deutsche Firmen sind klein im Vergleich zu den großen Firmengruppen des Landes.

Seit Anfang 2011 spricht selbst die wirtschaftsfreundliche Regierung Lee von einem "gemeinsamen Wachstum" und einer Teilung der Gewinne zwischen großen und kleinen Firmen. Im September und im November 2011 benannte sie eine Reihe von Geschäftsaktivitäten zu Bereichen, in denen nur kleine und mittelständische Unternehmen tätig werden dürfen oder Großunternehmen ihre Aktivitäten zumindest nicht erweitern dürfen.

Darunter fallen unter anderem die Produktion von Wellpapierkarton, von Kunststoff- und Pressformen, das Recycling von Kfz-Teilen, die Herstellung traditioneller südkoreanischer Bohnen- und Peperonipasten, von Sojasoße, Sojabohnenpaste sowie das Recycling von Reifen. Moralischer Druck hat eine Reihe von Konglomeraten Anfang 2012 dazu bewegt, sich aus dem Bäckereigeschäft zurückzuziehen.

Dementsprechend sind nicht nur der Umgang mit den großen Konglomeraten, sondern auch soziale Fragen wichtige Wahlkampfthemen. Der Seouler Bürgermeister beispielsweise ist 2011 (formal) wegen seiner Position gegen kostenloses Essen für alle Schulkinder vorzeitig zurückgetreten. Er wollte die Wähler darüber abstimmen lassen und hat die darauffolgenden Wahlen verloren. Landesweit hat die Regierung seit März 2012 die Gebühren für den Kindergartenbesuch von Kindern bis zu zwei Jahren abgeschafft.

Das Wahlergebnis ist für die Wirtschaft des Landes relevant. Erstens dürfte mit der Präsidentenwahl eine Entscheidung über die Art des Umgangs mit den Konglomeraten fallen. Zweitens steht zur Wahl, um wie viel die Sozialleistungen des Staates angepasst

werden müssen. Dies ist wichtig, da dafür die Steuern erhöht, andere Ausgaben gesenkt oder stärker auf Kosten der Substanz gelebt werden müsste. Die Staatsschulden sind bereits jetzt höher, als von der OECD veröffentlichte Zahlen suggerieren (es fehlen die stark gestiegenen Schulden öffentlicher Unternehmen in Höhe von - je nach Abgrenzung - um die 20 bis 30% des BIP) und die Bevölkerung altert rapide.

Auch das Freihandelsabkommen (FHA) mit den USA, welches ursprünglich von der jetzigen Opposition initiiert wurde, ist ein wichtiges Wahlkampfthema. Die Opposition hat angekündigt, dieses aufzukündigen oder nachverhandeln zu wollen. Dennoch erscheint es unwahrscheinlich, dass sich selbst bei einem Wahlsieg viel ändern wird. Verhandlungen mit den USA dürften kaum zu substantiellen Änderungen am Vertragswerk führen. Das FHA mit der EU wird dagegen bei Weitem nicht so politisiert.

Ähnlich ist es beim Thema Kernkraft. Zwar hat die Opposition auch dieses im Wahlkampf aufgegriffen. Jedoch ist es sehr unwahrscheinlich, dass Südkorea auf die Kernkraft als Energiequelle verzichtet. Dafür sitzt in der Bevölkerung das Bewusstsein der Abhängigkeit von ausländischen Rohstoffquellen zu tief. Seit dem ersten Vertrag über den Export südkoreanischer Atomkraftwerke in die Vereinigten Arabischen Emirate Ende 2009 kommt noch der Stolz auf eine weitere erfolgreiche Exportindustrie hinzu. Lediglich ein nuklearer Unfall dürfte diese Stimmung ändern. Das eine oder andere alte Kraftwerk könnte dennoch auf den Prüfstand gestellt werden.

Im Falle eines Sieges der Opposition ist eine freundlichere Politik gegenüber Nordkorea zu erwarten. Selbst die potenzielle Kandidatin der Saenuri für die Präsidentenwahlen Park Geun-hye hat sich für bessere Beziehungen zum Nachbarland ausgesprochen.

(R.F.)

### **Dieser Artikel ist relevant für:**

Korea, Republik


Wirtschaftslage, -entwicklung, allgemein, Arbeitsmarkt / Löhne / Ausbildung,

Wirtschaftspolitik, allgemein, Wirtschaftsstruktur, allgemein, Arbeits-, Bildungs- und

Sozialpolitik, allgemein

#### **KONTAKT**

**Carolin Ratzeburg**

 0228/24993-265

 **Ihre Frage an uns**

#### **VERWANDTE ARTIKEL**

 [Arabische Welt muss Reformtempo erhöhen](#)

 [Investment Guide to Germany, 2009](#)

<http://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/maerkte,did=553662.html>

© 2012 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und vom Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.